

## EINE KAMPAGNE DER AWO IN SACHSEN-ANHALT

*AWO fragt – Landesparteien antworten*



Daseinsvorsorge

Für ein liebens- und lebenswertes Sachsen-Anhalt

„Welche Vorschläge hat Ihre Partei  
für eine ganzheitliche  
Gesundheitsversorgung,  
insbesondere in den ländlichen  
Regionen?“

**LANDTAGSWAHL 6. JUNI 2021  
EURE STIMME ZÄHLT**

**DASEINSVORSORGE**  
Für ein liebens- und lebenswertes  
Sachsen-Anhalt



### Frage 1

**Welche konkreten Vorschläge hat Ihre Partei für eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung im Land, insbesondere in den ländlichen Regionen?**

#### **Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:**

*Für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Stadt und Land braucht es gut ausgebildete Gesundheitsfachkräfte, Schulgeldfreiheit für alle Gesundheitsberufe, mehr Landärzt\*innen, den Erhalt aller Krankenhäuser - weitere Privatisierungen lehnen wir ab - und eine Auflösung des Investitionsstaus an den Krankenhäusern. In Zukunft wird es stärker darauf ankommen die sektorübergreifende Versorgung zu stärken und in innovativen Versorgungsmodellen zu denken. Hier sind bundesgesetzliche Änderungen notwendig. Wir benötigen eine Überarbeitung des DRG-Systems für einen Sicherstellungszuschlag für Krankenhäuser in ländlichen Regionen und die Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin.*

*Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich wie Telemedizin, digitale Sprechstunden etc. wird eine größere Rolle spielen und muss mit einem Landeszentrum für Digitalisierung vorangebracht werden.*

#### **Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:**

*Wir setzen darauf, dass medizinische Angebote flächendeckend in unserem Land Angeboten werden. So wie bei Krankenhäusern gilt hier der Dreiklang aus Qualitätssicherung, Bedarfsgerechtigkeit und Erreichbarkeit. Durch unterschiedliche Maßnahmen wollen wir den Fachkräftemangel im ärztlichen und nichtärztlichen medizinischen Bereich bekämpfen. Dazu setzen wir auf ein zielorientiertes Miteinander aller Beteiligten wie Krankenkassen, Vertretungen der Ärzteschaft, Krankenhäusern usw. Den Investitionsstau bei den Kliniken im Land wollen wir schrittweise abbauen. Die Sicherstellung eines leistungsfähigen Rettungswesens und der Notfallversorgung hat absolute Priorität.*

#### **Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:**

*Für die ländlichen Regionen setzen wir auf neue intersektorale Versorgungsangebote. Dafür braucht es innovative Ideen, um die bestehende Finanzierungssystematik für neue Angebote nutzbar zu machen. Dafür wollen wir zeitnah ein Modellprojekt starten, denn die Konzeptdebatten im Land liefen lange genau jetzt gilt es Praxiserfahrung zu sammeln. Das Gleiche gilt für die Nutzung der Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Gerade für die ländlichen Regionen bestehen enorme Potentiale, wenn etwa kleine Klinikstandorte oder Hausärzte auf dem Land sich direkt via Online-Konsultation Expertenrat einholen können.*

**Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:**

*Sachsen-Anhalts Bevölkerung lebt überwiegend im ländlichen Raum, was besondere Herausforderungen für die medizinische und pflegerische Versorgungsstruktur bedeutet. Aufgrund der Vielfältigkeit und Dringlichkeit der Problemstellungen in Medizin und Pflege hat DIE LINKE das Einsetzen einer Enquetekommission „Die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt konsequent und nachhaltig absichern!“ durchgesetzt. Die Anhörungen zu den einzelnen Themenfeldern bestätigten den dringenden Handlungsbedarf. In der Krankenhauslandschaft sind strukturelle Änderungen unumgänglich, da eine umfassende Versorgung nur durch Synergieeffekte (Portalkliniken, MVZ - bestenfalls in kommunaler Hand-, sektorenübergreifende Kooperationen zwischen Krankenhäusern, Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern etc.) zu erreichen sein wird.*

*Die Schließungen von wichtigen Stationen und von ganzen Krankenhaustandorten selbst während der Pandemie haben deutlich gemacht, dass die großflächige Privatisierung ehemals kommunaler Krankenhäuser falsch war. DIE LINKE will durch einen öffentlichen Klinikverbund einen Schutzschirm für kommunale Krankenhäuser geschaffen. Private Krankenhäuser müssen darüber wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden, wenn sie ihren Versorgungsauftrag nicht erfüllen. Auf diesem Weg muss die Krankenhausplanung ein Instrument zur Steuerung für die Gesundheitsversorgung werden.*

**Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:**

*Wir wollen gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Kommunen die Niederlassungen in Gemeinden fördern, in denen ein Ärztemangel droht. Dem Fachkräftemangel wird zudem durch einen sinnvollen Professionen-Mix innerhalb der Berufe im Gesundheitswesen und eine veränderte Aufgaben-zuweisung begegnet. Auch müssen digitale Möglichkeiten in Zukunft besser genutzt werden.*



**Frage 2**

**Welchen Anteil der Ausgaben sollten Krankenkassen für Prävention, welchen für Behandlung vorsehen?**

**Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:**

*Die Krankenkassen entscheiden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung über Ausgaben für Präventionsangebote und übernehmen die gesetzlich zugesicherten Leistungen im Erkrankungsfall. Wir brauchen in Sachsen-Anhalt verstärkt Projekte zur Prävention von Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit und Angebote der Suchtberatung. Wir wollen die Gesundheitsprävention in Kitas und Schulen sowie Angebote zur Gesundheitsförderung für junge Familien, zum Beispiel in den Familienbegegnungsstätten und im Rahmen der Familienhilfe stärken. Wir brauchen eine landesweite Präventionskampagne zur Vorbeugung von psychosozialen Erkrankungen, welche auch an Schulen angeboten werden soll. Wir werden uns in der bundesweiten gesundheitspolitischen Debatte dafür einsetzen, dass die solidarische, paritätische Krankenversicherung gestärkt und zu einer Bürger\*innenversicherung weiterentwickelt wird, zu der alle beitragen und zu der alle Zugang haben, auch Selbständige und Beamt\*innen.*

**Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:**

*Die Krankenkassen haben Präventionsangebote als Pflichtaufgabe. Die CDU wird in der nächsten Wahlperiode prüfen, inwieweit eine Steigerung der entsprechenden Ansätze möglich ist und umgesetzt werden kann. Gerade weil jeder in Prävention investierte Euro später an anderer Stelle erhebliche Kosten einspart und an erster Stelle den Menschen ein gesünderes Leben ermöglicht.*

**Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:**

*Jeder Euro, der Prävention zu Gute kommt, spart Ausgaben im Bereich der Behandlungen und der Medikamente. Daher wollen wir die Kassen ermutigen, mehr für ihre Präventionsangebote zu werben und sie für Aktivitäten in nicht-betrieblichen Kontexten zu gewinnen, etwa für den von uns angestrebten landesweiten Anti-Mobbing-Tag.*

**Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:**

*DIE LINKE hat die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes grundsätzlich begrüßt. Allerdings ist dies übermäßig an Eigenverantwortung ausgerichtet. Die Einflussnahme auf das individuelle Verhalten steht im Vordergrund, während die Gestaltung gesundheitsfördernder Lebensbedingungen bzw. Lebensumstände zwar genannt, aber nicht ausreichend umgesetzt wird. Das Präventionsstärkungsgesetz wird nur einen geringen Beitrag zur Verringerung sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheit leisten. Beispielsweise ist Armut einer der größten Risikofaktoren, der u.a. auch gesundheitliche Beeinträchtigungen nach sich zieht. DIE LINKE fordert eine neue Präventionsstrategie, die der Bedeutung und der Tragweite der Gesundheitsförderung gerecht wird. Erst kürzlich (04.05.21) hat DIE LINKE im Bundestag beantragt, die Gesundheitsförderung als gesamtpolitische Aufgabe (Health - in - All - Policies - Konzept der WHO) zu verstehen und anzugehen. (Antrag: "Gesundheitliche Chancengleichheit stärken – Gesundheit als gesamtpolitische Aufgabe begreifen"; BT-Drs.19/29277)*

**Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:**

*Dies kann man nicht auf eine simple Zahl herunterbrechen. Wichtig ist, dass die Ausgaben und das Engagement im präventiven Bereich gesteigert werden. Derzeit belaufen sich die Präventionsausgaben auf 1 % - da ist noch viel Luft nach oben.*

### Frage 3

Was unternimmt Ihre Partei, damit in allen Regionen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse (u. a. Mobilität, Digitalisierung, psychosoziale Beratungsangebote, schnelle Notfallversorgung, Versorgungsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf) bestehen?



#### **Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:**

*Die SPD achtet bei allen Entscheidungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge darauf, dass gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen gewährleistet werden. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Entwicklung des ländlichen Raums haben - insbesondere auf die digitale Versorgung, Schule, Kultur, Gesundheitsversorgung und Mobilität.*

#### **Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:**

*Die CDU hat das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Sachsen-Anhalt zu schaffen. Dabei wird es auf Grund unterschiedlicher Faktoren wie zum Beispiel Bevölkerungsdichte unterschiedliche Ansätze geben, um die Situation vor Ort verbessern. Gleiche Lebensbedingungen in ganz Sachsen-Anhalt wird es aber mittelfristig nicht geben. Andere Faktoren wie eine leistungsfähige Breitbandversorgung müssen aber in ganz Sachsen-Anhalt sichergestellt sein.*

#### **Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:**

*Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist seit dieser Legislatur in der Landesverfassung verbrieft. Daran wollen wir unsere Politik messen lassen. Grundsätzlich braucht es dafür eine eigenständige Politik für die ländlichen Regionen. Spezielle Antworten wie die Förderung von Dorfgemeinschaftsläden, Dorf-Büros, flexible Angebotsformen des ÖPNV, ein verbindlicher Ausbau der digitalen Infrastruktur bis 2025, die Sicherung der Krankenhausstandorte als Orte der gesundheitlichen Versorgung und etwa auch der Erhalt der Grundschulen in den Gemeinden.*

**Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:**

*Für Städte und ländliche Räume will DIE LINKE Modellprojekte für bessere Mobilität voranbringen und ein entsprechendes Förderprogramm auflegen. DIE LINKE will die Fortführung des Schnittstellenprogramms prüfen und es weiterentwickeln. Insbesondere für die „letzte Meile“ von Haltestellen zum Zielort sind weitere Feinplanungen erforderlich. Car-Sharing-Modelle, preisgünstige und einfache Leihfahrradsysteme, sowie sichere Fahrrad-Abstellanlagen an Haltestellen wollen wir fördern und weiter ausbauen. Außerdem wollen wir den Tarifdschungel beenden und mit einem einheitlichen landesweiten Tarifsysteem für höheren Fahrgastkomfort und somit höherer Akzeptanz sorgen.*

*Wir setzen uns für den beschleunigten Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes ein. Hier darf es im Land keine weißen Flecken geben. DIE LINKE will mobile psychosoziale Beratungsangebote ausbauen und dauerhaft personell, finanziell und sächlich unterstützen. Die Menschen müssen auch im ländlichen Raum entsprechende Hilfe ohne weite Wege und lange Wartezeiten erhalten. Die Aufrechterhaltung einer schnellen Notversorgung muss auch in Zukunft ohne Abstriche in den ländlichen Regionen gewährleistet werden. Die dafür erforderlichen Strukturen müssen gesichert oder neu geschaffen werden. Versorgungsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, die ohne Auto für die Menschen vor Ort erreichbar sind, müssen initiiert und gefördert werden. Dabei spielen regionale Produktions- und Vermarktungsketten eine wichtige Rolle - auch für die Reduzierung von Transportwegen.*

**Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:**

*Der ländliche Raum muss in Zukunft wieder attraktiver für junge Menschen werden. Unter anderem durch den Ausbau von Infrastruktur, beschleunigten Baugenehmigungsverfahren und Anreizen für Unternehmensansiedlungen. Durch mehr Attraktivität und Anreize, werden sich auch mehr medizinische Angebote ansiedeln und die Versorgung dadurch verbessert werden.*